



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Dezember 2015



Es bleibt dabei! Demonstration für Flüchtlingsrechte am 14.11. – dem Tag nach den Morden von Paris

Quelle: Flickr, Foto: Rosande Tyskar

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe:
Montag, 04.01.2016

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Aus dem Vorstand	S. 2
Da waren's nur noch zehn	S. 2
Brief der LandessprecherInnen	S. 3
Sieg über den Größenwahn	S. 4
NOlympia siegt!!!	S. 6
Nach Paris: Wir sind im Krieg?!	S. 6
Endlich: Deserteursdenkmal	S. 7
Verantwortung für Flüchtlinge!	S. 8
Frauenplenum	S. 10
Wicherngate	S. 12
Termine / Kontakt	S. 13

Aus dem Vorstand:

Jahresabschlussfeier und Landesparteitag

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen!

Da Alex zurzeit im wohlverdienten Urlaub weilt, beauftragte mich der Bezirksvorstand Mitte, Euch viele herzliche Grüße auszurichten.

Das Jahr neigt sich dem Ende zu – Zeit, Bilanz zu ziehen. **Dafür planen wir für den 15.12. eine kleine Jahresabschlussfeier**, in deren Rahmen wir in lockerer Atmosphäre Eure Kritik und Anregungen gern aufgreifen, um für das Jahr 2016 aus gemachten Fehlern zu lernen (Beginn 18:30 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben).

Selbiges erhoffte ich mir auch von den Delegierten des Landesparteitags, der am 22.11. im Wilhelmsburger Bürgerhaus tagte. Im Mittelpunkt stand die Erarbeitung und Verabschiedung der **FLÜCHTLINGSPOLITISCHEN LEITLINIEN**, welche nach Generaldebatte und zahlreichen Änderungsanträgen ein doch recht breites politisches Spektrum unserer Partei widerspiegeln. Bevor dieses Arbeitspapier allerdings verabschiedet wurde, galt es noch so einige Klippen des schlechten politischen Stils zu umschiffen.

Während aus der Partei heraus mehrfach der Wunsch und die Forderung nach einer geeinten Hamburger LINKEN artikuliert wurde, schien dieses einige Mitglieder der Hamburger Bürgerchaftsfraktion nicht zu tangieren. Heike Sudmann gefiel sich in ihrer gewohnt naiven Art, lieb gewonnene Feindbilder zu pflegen und intensives LISTE LINKS Bashing zu betreiben. Auf ein Gesprächsangebot wartete man vergeblich. So agiert man wohl, wenn es aus der Bürgerschaft nichts Positives zu vermelden, und noch so viel Redezeit übrig ist...

Mich fröstelte es bei dieser Rede und tatsächlich fiel zwischenzeitlich der erste Schnee des Jahres. Ich glaube ja nicht an Zufälle...

Ins selbe Horn stieß dann auch Sabine Boeddinghaus, mit unversöhnlicher Rhetorik gegenüber Dora Heyenn, die zwischenzeitlich ver-

suchte, Angriffe gegen ihre Person zu relativieren. Es zeugt mit Sicherheit nicht von gutem Stil, Bürgerschaftsquereilen auf dem Landesparteitag auszufechten.

So oder ähnlich werden auch die „Gesprächsangebote“ ausgesehen haben, die nach dem Parteiaustritt von Dora Heyenn von Seiten der Bürgerchaftsfraktion großspurig propagiert werden.

Da war ich doch sehr froh, dass Martin Dolzer in meiner Nähe saß, der sich stattdessen mit den Sachthemen intensiv auseinandersetzte. Das war zumindest ein kleiner Lichtblick aus den Reihen der Bürgerschaft.

Eine Weiterbefassung mit der NOlympia – Thematik wurde vom Parteitag nach Austausch des Für und Wider mehrheitlich abgelehnt, so dass nun der Tagesschwerpunkt **FLÜCHTLINGSPOLITISCHE LEITLINIEN** eingeleitet wurde. Was folgte, war die wohl beste politische Debatte seit Jahren, geprägt von Respekt. Änderungs- und Ersetzungsanträgen wurde Gehör geschenkt und auf politisch hohem Niveau diskutiert. Mit dem Ergebnis können wohl alle Delegierten ganz gut leben.

Umso ärgerlicher mutet da der zwischenzeitliche Aussetzer des Genossen Lothar Voß an, der meinte, seine faden Argumente durch die Ausführung eines feigen gezielten Kopfstoßes gegen einen Genossen der AG Gesundheit kaschieren zu müssen. Diese hinterhältige Körperverletzung ist durch nichts zu rechtfertigen und muss weitreichende Folgen nach sich ziehen.

Alles andere als ein Parteiausschluss würde wohl die Fehlinterpretation zulassen, jeder Genosse in der LINKEN hätte einen Schlag frei...

Mit sozialistischen Grüßen,

Frank Rinnert, Euer Schatzmeister

i.A. des Bezirksvorstand Hamburg-Mitte

Da waren's nur noch 10 ...

Vorausgeschickt sei, dass ich den Austritt von Dora Heyenn aus der Fraktion sehr bedauert habe und dass ich ihren Austritt aus der Partei bedaure, obwohl er nach ihrem Auftritt beim letzten Landesparteitag zu erwarten war. Allerdings teile ich nicht die Ansicht mancher, dass dies das Ergebnis einer Verschwörung bzw. finsterner Machenschaften in der Bürgerchaftsfraktion und im Landesvorstand sei.

Dora hat nach meinem Eindruck (der ich kein „Insider“ bin) viel für die Partei und besonders die Bürgerchaftsfraktion geleistet, ihr vor allem für zwei Wahlperioden ihr Gesicht verliehen. Das hat uns bei den Wahlen sehr geholfen und es war m.E. auch richtig, mit diesem ihrem Gesicht zu werben. Für manche (die Dora inzwischen als Lichtgestalt verehren) war das ja schon fast Personenkult und ein „Sich-Einlassen auf das neoliberale Konkurrenzprinzip“.

Aber eben das war – so scheint mir – auch das Problem. Trotz der nur noch 54% bei der Listenaufstellung für die Bürgerschaftswahl konnte sie sich nur als (alleinige?) Fraktionsvorsitzende sehen. Das dazu gehörende Selbstbewusstsein ist wohl für das Bestehen im Haifischbecken parlamentarische Demokratie nötig, aber es kann dem Menschen auch im Wege sein, wenn es darum geht, Kritik an sich heranzulassen bzw. Selbstkritik zu üben. Vielleicht auch dabei, mal darüber nachzudenken, ob frau nicht die falschen Freunde hat.

Kurzum, ich bin nicht der Meinung, dass der letztendliche Parteiaustritt von Dora nichts mit ihr und ihrem Handeln und Auftreten zu tun hat. Da haben alle Beteiligten mitgewirkt.

Dennoch wünsche ich Dora gute BeraterInnen sowie Erfolg bei ihrer weiteren Arbeit in der Bürgerschaft. Sie hat ein Mandat und ist der Partei nichts (mehr) schuldig, Rücktrittsforderungen machen für mich keinen Sinn.

besel

Offener Brief der LandessprecherInnen

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir möchten zu zwei Ereignissen der letzten Woche Stellung nehmen, unserem **Landesparteitag am 21. November** und dem **Austritt von Dora Heyenn**:

Die Beiträge zur Diskussion um die Bewerbung Hamburgs zu den olympischen Spielen 2024 und der Beschluss zu den Flüchtlingspolitischen Leitlinien haben am 22. November die 4. Tagung unseres 6. Parteitags geprägt.

Wir sind mit dem Verlauf und den Ergebnissen dieses Parteitags zufrieden – auch wenn wir im Bürgerhaus Wilhelmsburg nicht das ganze Programm, das wir uns laut Tagesordnung vorgenommen hatten, schaffen konnten.

Wir bedanken uns bei allen Genossinnen und Genossen, die diesen Parteitag inhaltlich und praktisch vorbereiteten und mitdiskutierten. Wir bedanken uns bei der Tagungsleitung, der Antragskommission, allen Helferinnen und Helfern die diesen Parteitag sicher führten und die auftretenden Konflikte so moderierten, dass es trotz plötzlicher Eskalationen zu keinen weiteren Zuspitzungen kam.

Auch die Auseinandersetzung gegen Ende der Diskussion zum Antrag „Flüchtlingspolitische Leitlinien“ zwischen mehreren Delegierten führten auch dank der Besonnenheit fast aller Anwesenden nicht zu weiteren Zuspitzungen. Beleidigende Äußerungen und Tätlichkeiten wurden gerügt.

Der Landesvorstand wird sich auf seiner turnusmäßigen Sitzung am 13. Dezember mit dem Vorfall – neben anderen Punkten – beschäftigen. Da das in den letzten Monaten nicht der einzige Vorfall dieser Art war – am Rande von früheren Parteitag und auf den Sitzungen des Landesvorstands kam es bereits zu ähnlichen Auseinandersetzungen – werden wir zukünftig noch entschiedener gegen Störerinnen und Störer unserer Tagungen vorgehen.

Insgesamt führten die Arbeit der Tagungsleitung und das verantwortungsvolle Verhalten von euch allen dazu, dass der Parteitag seine Arbeit fortsetzen konnte und der Antrag beschlossen wurde.

Die weiteren Punkte auf der Tagesordnung werden wir auf einer Fortsetzung der Sitzung unseres Parteitags bearbeiten. Diese Sitzung wird voraussichtlich am 16. oder 17. Januar 2016 stattfinden, ihr werdet dazu rechtzeitig eingeladen. Über das Ergebnis der nächsten Sitzung des Landesvorstands informieren wir euch schnell.

Knapp eine Woche nach diesem Parteitag informierte unsere bisher fraktionslose Abgeordnete Dora Heyenn auf einer Pressekonferenz im Rathaus die Hamburger Öffentlichkeit über ihren Austritt aus unserer Partei. Sie warf dem Landesvorstand vor, sich nicht entschieden genug für eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen ihr und der Fraktion unserer Partei in der Hamburgischen Bürgerschaft eingesetzt zu haben. Weiter beklagte sie, dass der Landesvorstand ihre Arbeit als fraktionslose Abgeordnete nicht ausreichend unterstützt hätte.

Auch dem widersprechen wir. In einem längeren Prozess haben wir uns darum bemüht, mit Dora Heyenn eine Vereinbarung hinsichtlich des Rückstandes und der Höhe ihrer Mandatsträgerbeiträge zu treffen. Auch ein Kompromiss kam in der letzten Woche nicht zustande. Die Beiträge stehen noch aus.

Dora Heyenn kritisierte außerdem, der Landesvorstand hätte mit dazu beigetragen, dass eine gemeinsame Veranstaltung des Bezirksvorstands Hamburg-Mitte und ihr zum Thema Rekommunalisierung der Krankenhäuser in Hamburg nicht den gewünschten Erfolg gehabt hätte. Sie behauptet in ihrer Erklärung, auch Mitglieder des Landesvorstands hätten daran mitgewirkt, dass angekündigte Referentinnen und Referenten ihre Zusagen zurückgezogen hätten.

Selbstverständlich hat sich kein Mitglied unseres Landesvorstands so verhalten. Unser Landesgeschäftsführer Martin Wittmaack hat in einer Kolumne im letzten Newsletter des Landesvorstands darauf hingewiesen, dass an diesem Tag, nämlich Freitag, dem 13. November, mehrere interessante Veranstaltungen unserer Partei in Hamburg stattfinden. Er hat angeregt, sich zukünftig besser abzustimmen und auch im Namen des geschäftsführenden Landesvorstands eine klare Empfehlung für eine Veranstaltung, nämlich für den Flüchtlingspolitischen Ratschlag unserer Fraktion, ausgesprochen. Das ist eine Selbstverständlichkeit angesichts der Situation in unserer Stadt und vor einem Landesparteitag zum Thema Flüchtlingspolitik.

Prompt kam es zu einer Reaktion von Dora Heyenn auf diese Empfehlung. Sie forderte in einer Mail dazu auf, diese Kolumne innerhalb einer von ihr gesetzten Frist zu revidieren, anderenfalls würde sie die Schiedskommission anrufen. Der geschäftsführende Landesvorstand hat darauf nicht reagiert. Die von Dora Heyenn angekündigten Maßnahmen blieben aus.

Dora Heyenn behauptet weiter öffentlich, dass der Landesvorstand sich nicht genügend für eine Bearbeitung des Konflikts zwischen unserer Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und ihr eingesetzt hätte. Das entspricht nicht der Wahrheit. Wir haben ein von uns moderiertes Konfliktgespräch zwischen dem Fraktionsvorstand und Dora Heyenn in lebhafter Erinnerung: Unser Vorschlag war, gemeinsam und mit professioneller Hilfe eine längerfristige Konfliktbearbeitung anzugehen. Diesem Vorschlag stimmte der Fraktionsvorstand zu, Dora Heyenn lehnte ihn entschieden ab. Schon im Verlauf dieses Gesprächs wurde mit einem Austritt aus der Partei gedroht.

Wir haben uns gemeinsam und einzeln in Begegnungen mit Dora für weitere Termine in diesem Zusammenhang eingesetzt. Dora Heyenn hat uns immer vermittelt, dass es Zeit bräuchte. Das haben wir respektiert.

Dora Heyenn hat am 27.11.15 nun ihren Austritt vollzogen. Der ehemalige Geschäftsführer unserer Fraktion, Torsten Weil, schrieb dazu:

„Dora Heyenn ist heute aus der Partei DIE LINKE ausgetreten. Von 2012 bis 2015 durfte ich mit ihr in der Hamburger Bürgerschaftsfraktion unserer Partei zusammenarbeiten. Niemand wird ernsthaft die Verdienste von Dora um die Hamburger LINKE bestreiten. Sie hat die Partei und die Fraktion geprägt, politisch durch ihr Engagement gegen soziale Ungerechtigkeiten, für ein gerechtes Bildungssystem für die Rekommunalisierung der Netze und persönlich durch ihre Art. Es ist bedauerlich, dass Dora seit Februar 2015 wenig dafür getan hat, die Fraktion politisch weiter voranzubringen. Stattdessen hat sie die Kooperation genau mit jenen Kräften des Hamburger Landesverbandes verstärkt, denen es vor allem darum geht, den Hamburger Landesverband in die politische Handlungsunfähigkeit zu treiben! Meine Haltung zur Wahl des Fraktionsvorstandes ist bekannt, die persönliche und politische Verletzung bei Dora mehr als verständlich. Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Fraktion hat die Türen immer offengehalten. Dass Dora diese Tür nun schließt, ist aus ihrer Sicht am Ende wohl konsequent. Politisch zu erklären ist der Schritt aber nicht.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Mit solidarischen Grüßen

Sabine Wils

Rainer Benecke

NOlympia: Ein Sieg für alle HamburgerInnen über den Größenwahn!

ein Kommentar von Mehmet Yildiz, sportpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

Am Ende war das Ergebnis klar: Die Olympischen Spiele werden 2024 definitiv nicht in Hamburg stattfinden – die BürgerInnen haben der großenwahnsinnigen Olympia-Vision von Bürgermeister Olaf Scholz eine eindeutige Absage erteilt. Die Olympia-Planer begründen ihre Niederlage nun mit äußeren Umständen wie den Attentaten von Paris und Sportskandalen. Von wegen: Die BürgerInnen haben einfach verstanden, was sich hinter dem Projekt „Olympia 2024“ wirklich verbirgt: Gentrifizierung, Verdrängung und Steuerverschwendung.

Die Gegner/innen einer Bewerbung für die Olympischen Spiele 2024 haben sich durchgesetzt. Fast



Kurz vor der Verkündung des Endergebnisses im Rathaus, Foto: Maui

52% der Wählerinnen und Wähler sprachen sich dagegen aus, obwohl die Bürgerschaftsmehrheit aus SPD, CDU, Grüne und FDP, Wirtschaftslobby und Sportgroßverbände wie DOSB und HSB keine Kosten und Mühen scheuten, um dieses 16-tägiges Spektakel in die Hansestadt zu holen. Die Befürworter/innen haben Millionen von Euro für eine Werbekampagne gehabt, aber die Menschen nicht mitnehmen können. Die aufgeblasene Werbung und die einseitigen Emotionen konnten gegen die Macht der Argumente nicht ankommen. Mit teilweise obskuren Methoden haben die Profiteure einer möglichen Ausrichtung bis kurz vor der Abstimmung versucht, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Fackel-Läufe, Lichtshows und private Wahlurnen in Einkaufszentren haben ihre Wirkung verfehlt.

Millionen-Kampagne von Wirtschaft, Allparteienkoalition und Sportgroßverbänden hat nicht gewirkt

Erfreulich ist vor allem, dass die GegnerInnen sich durchgesetzt haben, obwohl ein massives Ungleichgewicht vor allem in Bezug auf die finanzielle Ausstattung und die mediale Werbung vorhanden war: Während das Pro-Olympia-Kartell mehrere Millionen Euro insbesondere für PR-Kampagnen nutzen konnte, hatten die Olympia-Gegner/innen kein nennenswertes Budget. Gleichzeitig hatten die Befürworter einer Bewerbung die regionale Presse hinter sich, die sich mit einseitiger Berichterstattung und fehlender journalistischer Distanz auf die Seite der Pro-Olympioniken geschlagen hatte. Beispielhaft sei die BILD-Sonderausgabe genannt, die in riesiger Auflage kostenlos an alle Haushalte ging und sich kritiklos der Olympia-Propaganda anschloss.

Niederlage des Senates, Wirtschaftslobby, DOSB und der Medien

Statt aber nun die Niederlage einzuräumen, meinen die Vertreter der Olympiabewerbung externe Faktoren für die Ablehnung ausgemacht zu haben. Nikolas Hill, Geschäftsführer der Bewerbungsgesellschaft beispielsweise meinte, äußere Begleitumstände seien verantwortlich dafür, nicht das Konzept. Es mag sein, dass Paris, FIFA- und Leichtathletik-Skandale mit dazu beigetragen haben. Viel eher aber haben die Bürgerinnen und Bürger verstanden, was sich hinter dem Projekt „Olympia 2024“ verbirgt, nämlich Gentrifizierung, Verdrängung und Steuerverschwendung. Zu offensichtlich war die Kritik der gesellschaftlichen Verbände wie BUND, des Zukunftsrates, des Rechnungshofes und der Wissenschaft, deren Meinung man geflissentlich ignoriert bzw. Veröffentlichungen unter den Tisch gekehrt hat. Auch hat die Mehrheit der Abstimmenden der Reformlüge des

Internationalen Olympischen Komitees (IOC) nicht geglaubt, dessen Ausrichterstadtvertrag -zwar sprachlich abgemildert- in wesentlichen Teilen wie z.B. der gesamtschuldnerischen Haftung, Steuerbefreiung für das IOC und seine Sponsoren und Eingriffe in das Versammlungsrecht früheren Knebelverträgen gleich. Der Finanzreport mit seinen vielen Milliarden für ein kurzlebiges Spektakel und die fehlende Zusage des Bundes setzte dem die Krone auf. Zudem ist die Stadt mit anderen Herausforderungen wie z.B. der Flüchtlingsunterbringung, fehlenden Sozialwohnungen und maroden Sportstätten beschäftigt.

Zweite Niederlage für Scholz

Für Rot-Grün und damit für Olaf Scholz ist es die zweite Niederlage nach dem Entscheid über den Rückkauf der Energienetze. Es wird deutlich, dass dieser Senat kein überzeugendes Konzept einer Stadtentwicklung hat, die dem Großteil der Bevölkerung nützt. Stattdessen hat der Senat seine gesamten Pläne -ob bei Wohnungsbau, Stadtteilentwicklung, Sportstättenanierung usw.- unnötig mit Olympia in Verbindung gebracht, als wäre eine eigenständige Entwicklung ohne dieses Massenevent nicht möglich. Jetzt stellt sich die Frage, wie dieser Senat ohne Olympia in den genannten Feldern handlungsfähig sein kann. Der Forderung, die für Olympia eingeplante jährliche Investitionssumme ab 2017 in Höhe von 200 Millionen in den Ausbau der sozialen Infrastruktur wie der Sportstättenanierung, dem sozialen Wohnungsbau, der Inklusion oder die Kinder- Jugend und Bildungsarbeit zu stecken, muss hohe Priorität eingeräumt werden. Dieses Geld kann und muss zusätzlich durch den Senat investiert werden, auch ohne Olympia.

Statt aber notwendige Investitionen in diese Bereiche zu tätigen, handelt man sich von einem neoliberalen Event zum nächsten, deren Funktion darin besteht, innerstädtische Quartiere aufzuwerten und für Privatinvestoren sowie internationalen Spekulanten attraktiver zu gestalten. Dort, wo früher die öffentliche Daseinsfürsorge im Mittelpunkt stand, sei es beim sozialen Wohnungsbau oder öffentlichen Sportflächen, sind riesige Bürotürme und überdimensionierte Sportarenen gerückt. Die Stadt zieht sich zugunsten privater Kapitaleigner zurück und überlässt den öffentlichen Raum Stück für Stück sich selbst. Nicht umsonst war man bereit, einen Teil der Grundstücke am Hafen zu verkaufen, um Olympia auszurichten.

Die Politik hat sich von den BürgerInnen entfernt

Als Scholz nach dem verlorenen Referendum ans Mikrofon trat, machte er darauf aufmerksam, dass

die Maxime der Aufwertung und Verdrängung nach wie vor oberste Priorität hat. Statt einem Katalysator Olympia treten neue und alte Konzepte hervor. „Sprung über die Elbe“ oder „Stromaufwärts an Elbe und Bille“ werden die letzten noch verbliebenen Arbeiterviertel in einer Weise verändern, wie wir es aus Städten wie London oder Paris kennen: Niedrige und mittlere Einkommensbezieher/innen werden weiter an den Rand bzw. aus der Stadt

NOlympia!!!

Nach Auszählung aller 556 Abstimmungslokale stimmten 48,4 Prozent der Abstimmenden für Olympische und Paralympische Spiele in Hamburg, 51,6 Prozent votierten dagegen. 314.468 Abstimmende haben ihr Kreuz beim Ja für Olympia gemacht, aber 335.638 beim Nein. Eine Beteiligung von rund 50 Prozent.

Eine Mehrheit für ein Ja gab es nur in Wandsbek und Bergedorf, den höchsten Anteil an Nein-Stimmen hatten Mitte und Altona. Bei genauerem Hinsehen ist allerdings die Beteiligung hier in Mitte sehr viel geringer als anderswo. Und für mich überraschend: In Teilen von Billstedt und Mümmelmannsberg überwiegt bei der Urnenabstimmung das Ja; während in St- Pauli gleich eine Dreiviertelmehrheit nein gesagt hat. Das kann aber allenfalls einen Trend aufzeigen, denn dort wie überall haben die allermeisten Menschen per Brief abgestimmt.

Allen mehr oder weniger üblen Beschimpfungen der Nein-Sager („Entscheidung gegen den Sport!“, „Mutlos und Veränderungsfeindlich!“) zum Trotz: Ein Sieg nicht der Angst oder der Unwissenheit, sondern der Vernunft. Ein Beweis dafür, dass die Menschen nicht so beeinflussbar sind, wie die Hamburger „Eliten“ glauben. Eine billige Hochglanzkampagne in nahezu allen Medien, eingeflogene Sportpromis, durchsichtige Events von wirtschaftlich Interessierten – das alles hat nicht gereicht, um die Zweifel an der Bedeutung des Sports für die IOC-Funktionäre sowie der Seriosität der Finanzierung („max. 1,2 Mrd €!“) auszuräumen. Der Tod des olympischen Gedankens ist ganz sicher nicht den HamburgerInnen anzulasten, sondern den internationalen Sportfunktionären, ob beim IOC oder der FIFA.

Und erneut wie bei „Unser Hamburg – unser Netz“ ein Sieg der Bewegung von unten, ohne Großorganisation und ohne viel Geld im Hintergrund. Dieser Erfolg hat viele Mütter und Väter ohne Promistatus. Sei es an den Hochschulen, wo es eher zur antikapitalistischen Sache ging, bei Recht auf Stadt, wo die Bewerbung als falsche Weichenstellung in Sachen Stadtentwicklung bekämpft wurde, sei es in Initiativen auf Stadtteilebene, die Informa-

gedrängt, um zahlungskräftigere Bewohner/innen und Firmen anzusiedeln.

Nach dem verlorenen Referendum rufen erste SPD-Politiker (wie HSB-Präsident Mantell) schon danach, die direkte Demokratie wieder einzuschränken. Diese Forderungen zeigen, wie sehr sich die herrschende Politik von den Bürgerinnen und Bürgern entfremdet hat. Eins ist sicher: Das nächste Event steht vor der Tür.

tion und Diskussion voranbrachten. Schön, dass da ein Plakat aus St. Georg („Fünf faule Eier ...“) weit über den Stadtteil hinaus zum Einsatz kam.

Und die LINKE?



Olympic Lane auf der Willy-Brandt-Straße am 24.11., Foto Lars Buchmann

Hat wieder mal ein Bild der Zerrissenheit abgeliefert, indem z.B. unsere GenossInnen Unterschriften für zwei verschiedene Listen gesammelt und einander im Zweifel auch auf irgendwelchen Podien beharkt haben. Wie schön wäre es, wenn es uns endlich mal gelänge, nicht jedes Sachthema ausschließlich zur Entlarvung des innerparteilichen Gegners zu nutzen. Wir haben gemeinsam gute Beschlüsse zu NOlympia gefasst, da wäre es angemessen gewesen, wenn auch deren Umsetzung gemeinsam getragen worden wäre. Die Bürgerchaftsfraktion, allen voran Mehmet Yildiz, hat einen guten Job gemacht, mit einer Mischung aus Information (die Broschüre von Mehmet/Özgür) und Aktion. Saublöd nur, dass die Ablehnung in der Broschüre auf einer Seite mit der AfD gelandet ist.

Die Partei war nach meinem Eindruck nicht ganz so gut. Da hätte mehr Basisaktivität nicht geschadet. Material zwischen dem simplen Abdruck des Parteitagsbeschlusses und dem „Fastfood“-Flyer hätte uns gut angestanden. Die mangelnde Aktivität liegt aber in meinem Fall auch daran, dass mir zuletzt nicht mehr klar war, wofür und wozu ich in

den letzten zwei Wochen noch Unterschriften sammeln sollte ...

Olympia in Hamburg wird nicht kommen – das steht fest. Jetzt geht es darum, u.a. dem Breitensport auch wirklich die Mittel zukommen zu lassen, die ja angeblich vorhanden sind. Vor allem aber müssen wir einfordern, dass die 200 Millionen pro

Jahr in eine Stadtentwicklung für die Menschen fließen, in echten kommunalen Wohnungsbau, in Bildung, in Barrierefreiheit überall und eine deutliche Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs!

Lasst uns das gemeinsam angehen.

besel

Auszüge aus der Ansprache von René Senenko vom „Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal“ beim Senatsempfang anlässlich der

Einweihung des Deserteursdenkmals am 24.11.2015

... Wir vom „Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal“ sage Danke an Volker Lang und an alle, die sich dafür eingesetzt haben, dass Hamburg endlich zu seinem Deserteursdenkmal kam. Viele von Ihnen wissen, dass wir vom Bündnis andere Vorstellungen hatten von einem Gedenkort für die Opfer der NS-Militärjustiz. Vor mehr als 5 Jahren hatte die Willi-Bredel-Gesellschaft am Soldatenfriedhof Ohlsdorf an 68 damals namentlich bekannte Opfer der NS-Militärjustiz erinnert. Bereits bei dieser Veranstaltung kam die Frage auf, wo denn in Hamburg ein Gedenkort für die hingerichteten Deserteure stehen sollte. Ich schlug den Bahnhofsvorplatz in Ohlsdorf vor, nicht so weit ab von der Stätte, wo die hingerichteten Wehrmachtsdeserteure begraben sind. Denn beide Orte hätten doch miteinander korrespondiert. Detlef Mielke von der Deutschen Friedensgesellschaft VdK und Detlef Garbe von der Gedenkstätte Neuengamme waren da ganz anderer Meinung. Das gehöre unbedingt an den Kriegsklotz, meinten sie. Unser Bündnis, das sich infolge dieser Veranstaltung gründete und auf 21 Initiativen anwuchs, hat sich

kam es nicht. Dennoch: Auch wir sind froh über den neuen Gedenkort.

Neben jenen Menschen, die in den Jahren 2010 und 2011, also noch vor der legendären Anhörung im Kulturausschuss, mit und neben uns aktiv für das Denkmalsprojekt eingetreten sind, wie Detlef Garbe, Norbert Hackbusch, Pastor Ulrich Hentschel, Helga Obens und immer wieder Ludwig Baumann, dürfen wir jene nicht vergessen, die im Hintergrund ihre Fäden zogen, z.B. Barbara Nit-ruch. Als wir 2011 vorgeschlagen haben, Ludwig Baumann als Festredner zur „Woche des Gedenkens in HH-Nord“ einzuladen (die Festwoche sollte im Januar 2012 beginnen), gab es Widerstände. Barbara haben wir es zu verdanken, dass Ludwig als Hauptgast und Festredner dann doch eingeladen wurde. Das war auch deshalb von Bedeutung, weil unser Antrag in der Bezirksversammlung Nord, das Projekt auch politisch zu unterstützen, schließlich darin mündete, dass nur wenige Tage, nachdem Ludwig gesprochen hatte, mit einer interfraktionellen Entschließung der Senat gebeten wurde, sich für ein Deserteursdenkmal einzusetzen. Wenig später folgten dann die Bezirksversammlungen Wandsbek und Mitte in gleicher Weise (*unsere Fraktion hat da ein bisschen mitgewirkt ... -red*). Auch dort fielen die Entschließungen nicht vom Himmel. Soweit ein bisschen Vorgeschichte.

...

Zurück zum neuen Gedenkort. Ich glaube, es ist allen hier anwesenden klar, dass das Deserteursdenkmal nicht nur dem Andenken an die ermordeten Wehrmachtssoldaten gewidmet sein wird. Schon seit Jahrzehnten haben Antikriegsdemonstrationen in Hamburg immer auch den Kriegsklotz berührt. Wenn die USA und diverse Nato-Partner den Terror, den sie zum Teil selber erzeugt haben, weiter mit Kriegen bekämpfen wollen, dann wird das zu immer mehr Terror, zu mehr Hass, zu immer weiteren Bürgerkriegen und Flüchtlingswellen führen. Wie reagiert Deutschland auf diese Entwicklung? Mit Aufrüstung, Waffenexport, einer gigantischen Werbekampagne für die Bundeswehr –



Die Einweihung des Denkmals am 24.11.
Und immer noch sollte der Kriegsklotz verschwinden!
Foto: Holger Tilicki, Quelle: www.feindbeguenstigung.de

dann dafür eingesetzt, dass der Kriegsklotz selber im Sinne des Andenkens an die hingerichteten Deserteure umgestaltet werden sollte. Ganz so

und vielleicht mit einem Kriegseinsatz in Mali? Dabei geht es beim Mali-Mandat vorerst nur darum, den Franzosen zu zeigen, wo die Sichel hängt. „Wir müssen unseren Beitrag leisten“, sagt ein Herr Kiesewetter. Mit solchen Sprüchen kann man Kriege beginnen. Das Gerangel hochgerüsteter Großmächte hatten wir schon einmal, - bis die halbe Welt in Flammen stand. Gewiss: Das Deserteursdenkmal kann Kriege nicht verhindern, das konnte auch Picassos „Guernica“ nicht, aber es wird ein Ort sein, wo wir unseren Protest gegen die kriegsrische Entwicklung äußern werden. Vergessen wir nicht die heutigen Deserteure in den Armeen dieser Welt. Desertion wird in Deutschland als Asylgrund nicht anerkannt. Wir setzen uns dafür ein, dass Deserteure aller Armeen endlich Asyl bekommen.

Auch für Menschen, die sich nicht mit Politik oder Geschichte befassen wollen, kann das neue Denkmal ein moralisches Gewicht bekommen. Sie werden sich fragen: Was heißt denn eigentlich „desertieren“? Was geht mich das Deserteursdenkmal an? Es geht doch nicht ums Weglaufen und um das Drücken vor Verantwortung, sagen wir. Auch die Wehrmachtssoldaten, die desertierten, muss-

Wir sind im Krieg!?

Leider hatten sich am 18.11. nur einige Hundert Menschen auf dem Domplatz versammelt, um ihre Solidarität mit den Terroropfern von Paris zum Ausdruck zu bringen. Mehr wären gut gewesen, denn dort waren die Kriegsrhetoriker in der deutlichen Minderheit. Keine Rede von „allen, auch militärischen Mitteln“, keine Rede von Krieg gegen den Terror. Im Gegenteil, gerade die Vertreter der Religionen, in deren Namen die Mörderbanden des IS ja angeblich handeln, wandten sich entschieden gegen den Begriff Krieg und den Versuch, Terror militärisch besiegen zu wollen:

„Die Hamburger Bischöfin Kirsten Fehrs rief zur Besonnenheit auf und sagte, man dürfe jetzt nicht in Kriegsrhetorik verfallen. "Wir sind froh, dass wir gemeinsam ein Zeichen gegen den Schrecken setzen können, der auch in Deutschland ein bisschen näher gerückt ist." Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit erinnerte nicht nur an die rund 130 Todesopfer der Terroranschläge von Paris, sondern auch an die Opfer des Absturzes eines russischen Flugzeugs auf der Sinai-Halbinsel, der nach Moskauer Angaben durch eine Bombe verursacht wurde. Die Attentate seien gezielte Angriffe auf "unserre Demokratie" gewesen, sagte Veit.

Mustafa Yoldas vom Schura Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg mahnte, der weltweite Terror habe die Menschen bereits abgestumpft. Es dürfe kein Unterschied gemacht werden zwischen

ten sich stellen und halfen so, den Krieg zu verkürzen. 23.000 trugen hierfür die Konsequenzen, die tödlichen Konsequenzen. Fordert uns das Deserteursdenkmal nicht geradezu auf, das eigene Handeln und Tun in dieser so komplizierten Welt zu hinterfragen und immer wieder neu zu hinterfragen? Solche Fragen stellen wir uns gerade in Hamburg. Wer Waffen exportiert (und Hamburg tut das in Hülle und Fülle), der erntet Flüchtlingsheere. Die Profiteure aus Waffenexport werden privatisiert, die Kosten für die Flüchtlingsversorgung liegen uns allen zur Last.

Sicher: All das muss man nicht aus dem Gedenkort herauslesen. In unserem Deserteursdenkmal die Antikriegsbotschaft zu erkennen und daraus die Schlüsse zu ziehen, dass muss schon jeder selber tun.

Das Bündnis wird in der Hamburger Friedensbewegung und in der Erinnerungskultur weiterhin aktiv bleiben. ... Die Termine unserer nächsten Veranstaltungen finden Sie hier auf Terminkärtchen, die wir gleich auslegen (im Netz unter: <http://www.feindbeguenstigung.de/>)

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

den Opfern des Terrors in Paris und denen in Beirut oder in Bagdad. Selvihan Sönmez von der Alevitischen Gemeinde kritisierte die "widerwärtige faschistische Ideologie" der Terroristen. Der französische Generalkonsul in Hamburg, Serge Lavroff, dankte den Teilnehmern für das Zeichen der Solidarität und Verbundenheit.“(Bericht ndr)

Leider haben nicht nur viel zu wenige HamburgerInnen die Reden gehört, sie sind natürlich auch in Berlin und Paris nicht gehört worden. Wie immer fällt den Kommissköpfen in den Regierungen nichts Besseres ein, als Kriegsschiffe, Bomber und womöglich demnächst auch noch Bodentruppen nach Syrien zu schicken. Es geht um wirtschaftliche Interessen, es geht um die Vorherrschaft im Nahen Osten, da interessiert es nicht wirklich, wie viele Zivilisten den Bomben zum Opfer fallen. Und schon gar nicht interessiert die Erfahrung aus Afghanistan, wo die Taliban schon wieder dabei sind, das Land in ihre Gewalt zu bringen. Mit Religion hat das alles nichts zu tun.

Und die rechten BrandstifterInnen in CSU und AfD nutzen die Herkunft der Mörder und Gerüchte über deren Weg nach Paris, um die Stimmungsmache gegen Flüchtlinge noch mal zu intensivieren. Da werden sich die Mörder vom IS die Hände reiben, genau das dürfte ihr Ziel gewesen sein.

besel

Senat muss endlich Verantwortung für Flüchtlinge übernehmen

Eine Million Euro für ein humanitäres Soforthilfeprogramm zur Entlastung der Situation der Geflüchteten, Ehrenamtlichen und Einrichtungen am Hauptbahnhof fordert in der heutigen Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft die Fraktion DIE LINKE (Drs. 21/2208). „Das ist mehr als bescheiden angesichts der Tatsache, dass in Hamburg täglich 400 bis 500 Transitflüchtlinge eintreffen“, erläutert Christiane Schneider, flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion. „Allein die Nebenkosten für die Übernachtungen belaufen sich auf monatlich mehrere zehntausend Euro. Doch die Stadt übernimmt keine Verantwortung.“ Es geht auch anders: Die Stadt Rostock etwa unterstützt die vielen Freiwilligen, stellt 1.500 Plätze in Notunterkünften bereit und beteiligt sich an der Versorgung der Transitflüchtlinge. Jetzt hat die SPD/CDU-Landesregierung beschlossen, der Stadt die bisherigen Kosten in Höhe von zwei Millionen Euro zu erstatten. „Mecklenburg-Vorpommern übernimmt Verantwortung für humanitäre Hilfe – das muss auch Hamburg tun“, fordert Schneider deshalb.

Bis zu 1.000 Geflüchtete kommen täglich am Hauptbahnhof an – etwa die Hälfte ist auf der Durchreise in Richtung Norden. Die Versorgung mit Nahrung und Getränken, Kinderbetreuung, die Bereitstellung von Übernachtungsplätzen wird von hunderten freiwilligen HelferInnen, von Wohlfahrtsverbänden, Moscheen, Kirchengemeinden, Pfadfindern und von privaten Wohnprojekten geleistet. Die vielen Ehrenamtlichen arbeiten bis zum Limit, viele der helfenden Einrichtungen sind finanziell und personell überlastet. Durch die Schließungen der dänischen und schwedischen Grenzen und die Unterbrechung des Zugverkehrs nach Norden spitzt sich die ohnehin schon dramatische Situation nun weiter zu. Die Stadt versagt bislang allerdings jede Unterstützung. Sie weist die Verantwortung für die Geflüchteten am Hauptbahnhof der Deutschen Bahn AG zu und rechtfertigt damit die eigene Untätigkeit. (PM Christiane Schneider vom 25.11.)

Das Petitum des Antrags:

Die Bürgerschaft beschließt:

I. Die Bürgerschaft erkennt an und begrüßt das überwältigende Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer am Hauptbahnhof.

II. Der Senat wird aufgefordert,

1. das in Hauptbahnhofnähe gelegene, seit Langem leer stehende ehemalige Hotelgebäude Steintorweg 11 sofort zu übernehmen – gegebenenfalls durch Beschlagnahmung –, um hier eine sichere

Unterkunft für geflüchtete Frauen und Kinder zu schaffen;

2. Übernachtungsmöglichkeiten in ausreichender Zahl sicherzustellen und dazu weitere, von Stadtteilgruppen benannte Leerstände von Büro- und Wohngebäuden schnellstmöglich zu überprüfen und zum Zweck der Unterbringung von Flüchtlingen und Obdachlosen zu übernehmen oder gegebenenfalls auch zu beschlagnahmen;

3. die humanitäre Hilfe für die Geflüchteten – insbesondere die medizinische Versorgung, die Verpflegung und die Beratung (Dolmetscher/-innen) – von städtischer Seite abzusichern;

4. die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer stärker und nachhaltiger zu unterstützen (Versorgung, Versicherung, Fahrkarten, Anerkennung, Deutschkurse et cetera);

5. die sofortige Aufstellung und Betreuung von Toiletten-Containern beziehungsweise mobilen Toiletten in ausreichender Zahl auf dem Hachmannplatz, auf dem Hansaplatz und den besonders belasteten Spielplätzen Danziger Straße und St. Georgs Kirchhof zu organisieren und zu finanzieren;

6. da Übernachtungsmöglichkeiten für die Geflüchteten – allzumal im Winter – existenziell sind, die kostenfreie Anfahrt dorthin und eine ausreichende personelle Begleitung sicherzustellen, nötigenfalls mit bezahlten Kräften, wenn die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer nicht reichen;

7. die Einrichtungen, die Geflüchteten Übernachtungsplätze in ihren Gebäuden bieten – wie zum Beispiel islamische Gemeinden, insbesondere die Al-Nour Moschee, die seit Monaten mittlerweile bis zu 500 Geflüchteten Schlafplatz und Essen bietet, der Caritas-Verband, das Schauspielhaus, Kirchengemeinden, Pfadfinder, private Wohnprojekte –, finanziell in auskömmlicher Höhe zu entlasten;

8. die Bemühungen zur Übernahme und Umnutzung der leer stehenden Flächen im Bieberhaus zu beschleunigen und die Mittel zur Herrichtung der Räumlichkeiten für die Zwecke der Geflüchteten und Helferinnen und Helfer zur Verfügung zu stellen. Dabei bleibt zu prüfen, die betreffenden Flächen auch als Notübernachtungsstätte zu nutzen;

9. zur Finanzierung der humanitären Hilfe am Hauptbahnhof sofort 1 Million Euro bereitzustellen. Dieser Aufgabenbereich der humanitären Hilfe wird aus den mit der Drs. 21/1395 für Aufgabenbereiche mit Mehrbedarfen bereitgestellten Haushaltsmitteln finanziert. Die Verwendung der sofort bereitzustellenden Mittel wird zum Jahresende überprüft, die weiteren Bedarfe in Gesprächen mit den Einrichtungen der freiwilligen Hilfe festgestellt.

Auf der nächsten Seite der analoge Antrag der Bezirksfraktion vom 11.11., der von der Bezirksversammlung in den Sozialausschuss überwiesen und dort dann abgelehnt wurde:

Ehrenamtliche HelferInnen am Hauptbahnhof nicht sich selbst überlassen!

Seit über 2 Monaten sind ehrenamtliche HelferInnen am Hamburger Hauptbahnhof Tag und Nacht im Einsatz, um die ankommenden und weiterreisenden Flüchtlinge zu den Zügen zu begleiten, medizinisch zu versorgen, beim Fahrkartenkauf zu helfen, mit Lebensmitteln zu versorgen und Schlafplätze zu organisieren. Private und soziale Einrichtungen und BürgerInnen St. Georgs haben Schlafstellen eingerichtet, um die Flüchtenden bis zur Weiterfahrt am nächsten Tag beherbergen zu können und somit vor Kälte und Erfrierung zu schützen. Die Stadt stellt seither keinerlei Hilfe zur Verfügung. Die Ehrenamtlichen sind auf sich allein gestellt und mittlerweile an ihre Grenzen geraten, wie ein Hilferuf einer Ehrenamtlichen vom Hauptbahnhof deutlich macht. Das aufrüttelnde Video der jungen Frau geht mittlerweile durch die Presse und sämtliche sozialen Medien – die Stadt ist aufgerufen, Hilfe zu schicken und hauptamtliche Helfer sowie Logistik zur Versorgung bereit zu stellen. Auch Flüchtlingsinitiativen und BürgerInnen rufen nach Verantwortungsübernahme der Stadt, die sich eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik auf die Fahnen geschrieben hat. Bislang blieb dieser Appell beim Senat ohne Widerhall. Auf der Sondersitzung der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte vom 03.11.15 erklärte die SPD, dass die Zuständigkeit für „Durchreisende“ auf dem Privatgelände der Deutschen Bahn nicht bei der Stadt läge und vielmehr die Bahn die Aufgabe der Versorgung und Organisation übernehmen müsse. Diese stelle jedoch nur Hilfen zur Verfügung, wenn die Stadt die Kosten hierfür übernehme, wie in einem Gespräch von Hr. Droßmann mit der DB deutlich wurde. Die Kosten will die öffentliche Hand jedoch nicht tragen. Folge dieser bürokratiebeflissenen Untätigkeit ist, dass die Ehrenamtlichen vollkommen sich selbst überlassen werden.

HelferInnen in ganz Deutschland, Hamburg und am Hauptbahnhof zeigen ein unfassbares Engagement der selbst-organisierten Flüchtlingshilfe. Diese soziale Verantwortungsübernahme ist das Pfund dieses Landes und dieser Stadt, denn sie zeigt das Bild der Humanität und Menschlichkeit im Gegengewicht zu den hetzerischen, rassistischen und auch gewaltvollen Übergriffen auf Menschen, die Zuflucht bei uns suchen. Dieses Gut gilt es zu pflegen und zu bewahren. Mit einer Haltung des „Wir können nichts tun“ wird es jedoch verhöhnt und ausgetrocknet. Die Folgen sind für alle spürbar: Die HelferInnen am Hauptbahnhof sind ausgebrannt!

Das zivilgesellschaftliche Engagement darf nicht ausgehöhlt werden, indem man sich allein auf dessen Strukturen verlässt. Eine Stadt wie Hamburg muss öffentliche Daseinsvorsorge bereitstellen und die Verantwortung in dieser Krisenzeit übernehmen. Es gilt, professionelle und geschulte MitarbeiterInnen sowie Logistik zu stellen. In einer solchen Situation kann und darf die Antwort nicht sein, dass die Stadt nicht zuständig sei. Lösungen gibt es immer, wenn man sie finden möchte!

Die Bezirksversammlung möge beschließen:

1. Der Bezirksamtsleiter wird aufgefordert, sich bei den entsprechenden Stellen dafür einzusetzen, dass hauptamtliche MitarbeiterInnen, medizinisches Personal, sowie die notwendige Logistik zur Betreuung der Flüchtlinge am Hauptbahnhof von Seiten der Stadt zur Verfügung gestellt wird.
2. Der Bezirksamtsleiter wird aufgefordert, sich bei den entsprechenden Stellen dafür einzusetzen, dass Übernachtungsplätze für Flüchtlinge nahe am Hauptbahnhof eingerichtet werden.

Weibliche Flüchtlinge brauchen Hilfe und Anerkennung

22. November 2015 von Kersten Artus

Viele Politiker und Politikerinnen und auch viele Medien haben mit einem Mal das Patriarchat entdeckt. Sie sorgen sich – angesichts der vielen jungen, männlichen, muslimischen Männer, die derzeit als Flüchtlinge in unser Land kommen – um die Sicherheit und Gleichberechtigung der deutschen Frauen.

Das ist nicht der Grund gewesen, warum sich das Frauenplenum mit der aktuellen Migrations- und Flüchtlingsbewegung befasst hat.

Wir sind vielmehr der Auffassung, dass linke Feministinnen und Sozialistinnen dringend ihre Position

zur Flüchtlingsdebatte einbringen müssen. Wir, linke Frauen und Mitglieder der LINKEN, lehnen den so genannten Femi-Nationalismus ab. Er ist rassistisch motiviert. Er spaltet, und lenkt von den sozialen Ausmaßen und den Verursachern der Krise ab.

Wir haben auf dem Frauenplenum einen Text diskutiert. Er befasst sich mit weiblichen Flüchtlingen und Forderungen, um ihrer spezifischen Situation gerecht zu werden. Wir bitten diesbezüglich um besondere Aufmerksamkeit. Wir bitten auch darum, diesem Teil nicht nur zuzustimmen, sondern

die Positionen auch aktiv und offensiv in Eurer politischen Arbeit zu leben.

Frauen und auch Kinder haben spezielle Gründe, die für sie besonderen Belastungen einer Flucht auf sich zu nehmen: Es sind häusliche Gewalt, Genitalverstümmelung, Vergewaltigungen als systematisches Kriegsverbrechen, Zwangsverheiraten und Ehrenmorde.

Frauenplenum Hamburg ♀

Wenn diese Frauen in Deutschland ankommen, wird in völlig unzureichender Weise darauf Rücksicht genommen, welchen Restriktionen sie in ihrem Herkunftsland ausgesetzt gewesen sind. Sie haben andere innere Grenzen, als wir das aus unserer Lebensweise kennen. Die Geschlechterperspektive beim Umgang mit Flüchtlingen fehlt oft. So sind eigene Rückzugsräume und eigene Sprachmittlerinnen sehr wichtig. Konzepte der Gewaltprävention in Flüchtlingseinrichtungen und daraufhin geschultes Personal wären unabdingbar. Ebenso bedarf es einer angemessenen Kinderbetreuung. Frauen auf der Flucht haben oft kein Auge für ihre eigenen Bedarfe, sondern sehen nur ihr Kind, ihre Kinder. Das erschwert den Zugang der Hilfe und deswegen ist es wichtig, diese Frauen entsprechend zu entlasten.

Und bei der Integration geflüchteter Frauen ist darauf zu achten, dass sie vor prekärer Arbeit geschützt werden. Alle Film- oder Zeitungsbeiträge, die ich bislang zum Thema Flüchtlinge und Arbeit gesehen habe, bilden ausschließlich Männer ab. Indem geflüchtete Frauen in Bezug auf Arbeit unsichtbar bleiben, sind sie schutzlos Ausbeutern ausgeliefert. Beratungs- und Vermittlungsangebote der Arbeitsagenturen müssen daher für geflüchtete Frauen spezialisiert werden.

Weibliche Flüchtlinge erleben auch auf der Flucht Gewalt. Und sie erleben sie in den Unterbringungen hier, in denen sie sich eigentlich in Sicherheit fühlen sollten. Nur die wenigsten Fälle werden aktenkundig. Von Gewalt, auch sexualisierter Gewalt betroffenen Frauen stehen nicht selten einem Vielfachen an so genannte Zeugen gegenüber, die das Gegenteil von dem behaupten, was der Frau widerfahren ist. Frauen haben auch Angst, Anzeige zu erstatten, weil sie glauben, dann zurückge-

schickt zu werden. Weil Vergewaltigungen in ihrem Kulturkreis als Schande erlebt wird. Es hilft nur eines: Frauen müssen eigene Wohn- und Lebensbereiche erhalten, in dem sie geschützt leben können. Das ist eine Minimalanforderung an die Behörden unserer Stadt, an das Deutsche Rote Kreuz, den Paritätischen, an fördern & wohnen.

Das ist das Mindeste, was zu tun ist, um der Not gerecht zu werden! Und ich bin beeindruckt, dass z.B. der Paritätische eine mobile Kita am Hauptbahnhof für die Ankommenden eingerichtet hat, in der sich Frauen und Kinder ausruhen und ablenken können. Danke dafür!

Rassismus und Sexismus haben die gleichen Strukturen. Es geht um Entrechtung, Entwürdigung, Gewalt. Flüchtlingsfrauen werden entweder vergessen oder es herrschen falsche Bilder über sie. Weil eben überwiegend Männer hierher flüchten. Da wird dann bei einer Frau zum Beispiel auch nur das Kopftuch gesehen und nicht der Mensch mit seiner Not, der dahinter steckt. Und es besteht eine große Unwissenheit darüber, dass auf der ganzen Welt zwei Milliarden Menschen unter Mangelernährung leiden und 70 Prozent davon weiblich sind. Das liegt daran, dass Frauen einer doppelten Diskriminierung aufgesetzt sind: Mädchen und Frauen müssen oft essen, was übrig bleibt, weil sie von Geburt an einen niedrigeren sozialen Status haben.

Auch Krankheiten wie Aids oder Malaria steigen in Bürgerkriegen immer an, überproportional sind Frauen betroffen. Viele Frauen stecken sich auch auf der Flucht mit HIV und anderen Virusinfektionen an – nicht selten durch sexualisierte Gewalt. Nicht selten müssen sie auch Schleuser mit sexuellen Demütigungen bezahlen.

Wir haben in Hamburg eigentlich ein gutes Hilfesystem. Es wird von Fachleuten gestaltet, die meiner Kenntnis nach ein großes, solidarisches Herz für geflüchtete Frauen haben. Beispielsweise gibt es einen Arbeitskreis Frauen und Aids, ein tolles Netzwerk, das sich auch um HIV-infizierte schwangere Flüchtlinge kümmert. Aber sie sind mit ihren Möglichkeiten auch an ihren Grenzen. Es fehlt an Zeit, es fehlt an Geld. Ein Kaiserschnitt kostet circa 3.500 Euro. Medikamente müssen spätestens ab der 24. Schwangerschaftswoche und auch danach zur Verfügung stehen.

Es kann nicht sein, dass die Fachleute – Beraterinnen, Hebammen, Frauenärztinnen und Chirurgen –, dafür um Spenden betteln müssen und es nach wie vor keine Selbstverständlichkeit ist, dass unmittelbare Hilfe erfolgt.

Ich habe viel Respekt davor, wie sich Tausende Hamburgerinnen und Hamburger für Flüchtlinge

engagieren und ihre Zeit dafür einbringen. Darunter sind auch viele unserer Parteimitglieder, einige davon sitzen hier direkt unter uns. Ohne diese Menschen würden wir im reichen Hamburg eine humanitäre Katastrophe ungleichen Ausmaßes erleben. Es ist aber dringend geboten, diese Menschen zu entlasten und sie deutlich zu würdigen, auch mit einer finanziellen Unterstützung.

Geflüchtete Frauen brauchen unsere Hilfe. Aber wir müssen aufhören, sie als wehrlose Opfer zu sehen. Sie sind unglaublich stark, sie sind mutig. Sie haben einen gefährlichen Weg auf sich genommen, um für ein besseres Leben für sich und ihre Kinder zu kämpfen. Das verdient Respekt und Anerkennung – und nicht unser Mitleid.

Refugees welcome!

Olympia-KritikerInnen nicht willkommen – SPD kapert Beschluss der Bezirksversammlung für eigene Zwecke

Von Harald Singler und Tilman Rosenau

Am Mittwoch, den 18.11.2015 fand in der Horner Wichern-Schule eine Jugendkonferenz zur möglichen Olympiabewerbung statt. Auf der Bezirksversammlungssitzung vom 17.09.2015 wurde ein Antrag der SPD angenommen. Unter Punkt 2 des Petitions wurde beschlossen: „Das Konzept zur Durchführung einer Jugendkonferenz wird gemeinsam mit einem Vertreter jeder Fraktion, in Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden und dem Bezirksamtsleiter, erarbeitet.“ Nach § 22 (1) BezVG hat das Bezirksamt die Entscheidung der Bezirksversammlung (BV) umzusetzen. Dies ist nicht erfolgt.

Die Einladung zur Jugendkonferenz wurde am 10.11.2015 von der Verwaltung zur Kenntnis und Weiterleitung an Interessierte übermittelt. Eine vorübergehende Erarbeitung des Konzeptes zur Durchführung einer Jugendkonferenz (gemäß Punkt 2 des Petitions) ist nicht erfolgt. Damit hat der Bezirksamtsleiter gegen seine Pflicht zur Umsetzung des Beschlusses der BV verstoßen. Unter Punkt 3 des Petitions hat die Bezirksversammlung beschlossen: „Die Bezirksversammlung stellt zur Finanzierung bis zu 3.000 € zur Verfügung.“ Ohne die Umsetzung des zweiten Punktes kann die Umsetzung des dritten Beschlusspunktes nicht erfolgen.

Aus dieser Schulveranstaltung machte die SPD dann kurzerhand eine einseitige Pro-Olympia-Show. Moderiert von Yannick Regh (SPD), konnten Staatsrat Christoph Holstein und Bezirksamtsleiter Andy Grote zwei Stunden „ungestört“ ihre Haltung zu Olympia zum Besten geben. Kritische

Fragen der SchülerInnen wurden somit auch nur von Olympia-Befürwortern beantwortet. Erst am Ende der Veranstaltung wurden dann die Vertreter anderer Parteien, darunter auch der Vertreter unserer Partei, vorgestellt. Zeitgleich wurde das Buffet für die SchülerInnen eröffnet. Die Veranstaltung war damit faktisch beendet. Ein respektloser und undemokratischer Vorgang. Auch die Schulleitung muss sich fragen lassen, wieso sie sich auf eine solch unausgewogene Veranstaltung eingelassen hat.

Daher hat die Linksfraktion folgenden Antrag eingebracht:

Die Bezirksversammlung möge beschließen:

1. Die BV wird wegen der Nichteinhaltung des Beschlusses - Drucksache 21-1448 – die Finanzierung der Jugendkonferenz Olympia in Hamburg im Wichern-Forum vom 18.11.2015 nicht finanzieren. In Folge dessen werden die unter Punkt 3 beschlossenen 3.000 € nicht ausgezahlt.
2. Der Bezirksamtsleiter und der Vorsitzende des Präsidiums der BV werden aufgefordert in der BV Stellung zu beziehen.

Unser Antrag wurde in der Hauptausschusssitzung am 1.12.2015 mit unverhohlenem Ärger seitens SPD und Grünen abgelehnt. Unsere Fraktion hat durch die Fraktionsvorsitzende Christine Detamble-Voss daraufhin angekündigt, dass wir uns rechtliche Schritte vorbehalten werden. Dies werden wir nun diskutieren und deren Umsetzungsmöglichkeiten prüfen lassen. (hs)

Und die obligatorischen guten Wünsche ...

Wir wünschen unseren LeserInnen eine ruhige und konsumarme Adventszeit, erholsame streitfreie Feiertage und einen kraftvollen und gesunden Start ins neue Jahr!

Termine in (und für) Mitte

Montag, 07.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 08.12. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 08.12., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Donnerstag, 10.12., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
AWO Merkenstraße (Möllner Landstraße 142)

Dienstag, 15.12., 18:30 Uhr:

Jahresabschlussfeier des Bezirksverbands
Ort wird noch bekannt gegeben

Mittwoch, 16.12., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 16.12., 19:00 Uhr (früher!)

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Donnerstag, 17.12., 17:30 Uhr

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Klosterwall 4

Montag, 21.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Januar 2016

Montag, 04.01.16, 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 12.01.16 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 12.01.16, 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Donnerstag, 14.01.16, 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
AWO Merkenstraße (Möllner Landstraße 142)

Samstag, 16. oder Sonntag, 17.01.16:

Fortsetzung des Landesparteitags
Einladung folgt

Montag, 18.01.16, 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 20.01.16, 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 20.01.16, 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Alexander Benthin		alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Jörg Günther		joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Jan-Peter Klöckner		jan-peter.kloeckner@die-linke-hamburg-mitte.de
Holger Knorr		holger.knorr@die-linke-hamburg-mitte.de
Heiko Laue		heiko.laue@die-linke-hamburg-mitte.de
Frank Rinnert, Schatzmeister		stakkato1966@gmx.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaefsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto

DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX